

Kurzanalyse der Änderungsanträge zur Geldwäscheverordnung (mit zitierten Ausschnitten)

Transparency Deutschland, Arbeitsgruppe Finanzwesen

Stand: 28. November 2022

Kontakt: presse@transparency.de

Einführung

Die Europäische Kommission hat ein Paket von Rechtsinstrumenten zur Reform der EU-Regelung zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung (AML/CFT) vorgeschlagen. Das AML-Paket besteht aus vier Instrumenten, nämlich

- (1) die Einrichtung einer neuen Behörde für die Bekämpfung der Geldwäsche ([AMLA-Verordnung](#)),
- (2) eine neue Verordnung mit unmittelbar anwendbaren Vorschriften für Finanzinstitute und andere Verpflichtete ([AML-Verordnung](#)) umzusetzen
- (3) die Überarbeitung der bestehenden AML-Richtlinie ([6. Geldwäscherichtlinie](#)); und
- (4) die Änderung der Angaben zur [Geldtransferverordnung](#).
- (5) Dabei sind die Gesetzgebungsvorschläge (1), (2) und (3) von zentraler Bedeutung.

Hintergrund des Kommissionsvorschlags

Der Vorschlag der Kommission zielt darauf ab, das Regelwerk und die Vorschriften zur Geldwäschebekämpfung innerhalb der EU zu harmonisieren. Fälle wie der der Danske Bank haben klare Mängel am derzeitigen rechtlichen Rahmen aufgezeigt. Die bestehenden Vorschriften verhindern eine wirksame Aufsicht z.B. für Banken, die über Zweigstellen Dienstleistungen in mehreren Mitgliedstaaten anbieten. Deshalb ist es wichtig, die Vorschriften zu verschärfen und die Verantwortlichkeiten für die gruppenweite Einhaltung der Vorschriften und die Aufsicht zu klären. Der Nicht-Finanzsektor und insbesondere einige Verpflichtete, die von Selbstregulierungsgremien beaufsichtigt werden, sind anfällig für Geldwäsche. Die derzeitige Aufsichtsstruktur des Nicht-Finanzsektors ist für eine wirksame Beaufsichtigung dieser Verpflichteten nicht geeignet. Selbstregulierungsorgane, die als Aufsichtsbehörde für Verpflichtete fungieren, sollten nicht als Black Box fungieren.

Bewertung von Änderungsvorschlägen einzelner Mitglieder des Europäischen Parlaments

Mehrere deutsche Abgeordnete der EVP (Ralf Seekatz, Karolin Braunsberger-Reinhold (CDU) und Markus Ferber (CSU)) sowie Nicola Beer (FDP) haben Änderungsanträge vorgelegt. Bei der Umsetzung dieser Änderungsanträge besteht die Gefahr, dass wesentliche Elemente des AML-Pakets abgeschwächt oder in ihrer Wirkung reduziert würden.

Änderungsanträge zu den Vorgaben zu wirtschaftlichen Eigentümern (*Ultimate Beneficial Owner, UBO*)

Viele ihrer Änderungsanträge weisen in diese Richtung. Die Informationen über das wirtschaftliche Eigentum wären in vielen Fällen nicht vollständig und deren Überprüfung würde geschwächt. Die Vorschriften für die Verpflichteten würden gelockert und ließen mehr Interpretationsspielraum. Dies ist ein ernstes Problem, denn die Informationen sind nur dann nützlich, wenn sie vollständig und korrekt sind. Der Mehrwert der Erfassung von Informationen über wirtschaftliches Eigentum ist für die Strafverfolgungsbehörden, die Akteure der Zivilgesellschaft und die Unternehmen nur dann von Nutzen, wenn die registrierten Daten die tatsächliche Struktur des wirtschaftlichen Eigentums für die relevanten Akteure transparent darstellen. Wirtschaftliches Eigentum ist der Schlüssel, um illegale Finanzströme in der Europäischen Union zu erschweren. Instrumente wie Inhaberaktien oder Mantelgesellschaften ermöglichen das Anlegen von Geldern im regulären Wirtschaftskreislauf und verschleiern ihre illegale Herkunft. Der kürzlich veröffentlichte Bericht der Financial Action Taskforce (FATF) hat gezeigt, dass die derzeitige Datenbasis über wirtschaftliche Eigentümer in Deutschland unzureichend ist. Es ist eines der Hauptziele des Kommissionsvorschlags für ein AML-Paket, die Regeln für wirtschaftliches Eigentum zu stärken und somit die Daten über wirtschaftliche Eigentümer zu verbessern. Wenn diese Vorschläge geschwächt würden, würde man eine einzigartige Chance verpassen, diese Ziele tatsächlich zu erreichen.

Abschwächung der Aufsichtsstruktur

Die jüngsten Fälle von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung haben erhebliche Schwächen des bestehenden Rechtsrahmens offenbart. So hat z.B. der Wirecard-Fall gezeigt, dass die zersplitterte Aufsicht zwischen Finanz- und Nichtfinanzunternehmen und die fehlende Zuweisung von Zuständigkeiten und Ressourcen im Nichtfinanzsektor erhebliche Missbrauchsrisiken birgt.

Das AML-Paket der Kommission ist ein erster und wichtiger Schritt zur Verbesserung der effektiven Aufsicht auf europäischer Ebene. Die vorgeschlagenen Änderungen, insbesondere die von Mitgliedern der EVP, würden die Wirkung der vorgeschlagenen Überarbeitungen abschwächen und so grundlegende Verbesserungen des Rechtsrahmens zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung verhindern.

Ausgewählte Änderungsanträge

Insbesondere wurden folgende Änderungsanträge eingereicht, die problematisch sind:

Änderungsanträge zur Identifizierung des wirtschaftlich Berechtigten (Anträge 482, 518, 177, 551)

Bei der AML-Verordnung versucht u.a. der deutsche CSU-Abgeordnete Markus Ferber, die Regeln für die Sorgfaltspflicht gegenüber Kunden (Know Your Customer-Prinzip, KYC) zu ändern.

Der Änderungsantrag 482 von Herrn Ferber würde die Identifizierung der wirtschaftlichen Eigentümer nur in Fällen mit hohem Risiko verlangen. Änderungsantrag 518 streicht die

Verpflichtung, die Identität des wirtschaftlichen Eigentümers bei der Aufnahme von Geschäftsbeziehungen zu überprüfen. Dies wäre nur noch in Fällen mit hohem Risiko erforderlich. Er möchte die Identifizierung des wirtschaftlichen Eigentümers sowie die Identifizierung der Herkunft der Mittel bei der Aufnahme von Geschäftsbeziehungen oder bei gelegentlichen Transaktionen ausnehmen (AM177 und AM551). Die Erhebung von Informationen über die Steueridentifikationsnummer und die Kennung der juristischen Person während des Prozesses der Identifizierung und Überprüfung der Identität des Kunden ist für die Verpflichteten und die Strafverfolgungsbehörden von entscheidender Bedeutung und ermöglicht einen Abgleich von Informationen aus verschiedenen Datenbanken. Die Änderungsanträge von Herrn Ferber (AM503, AM506) würden die Verpflichtung zur Erhebung dieser Informationen streichen.

Die Änderungsanträge ignorieren daneben, dass dadurch die EU-Mitgliedstaaten die Vorgaben der Financial Action Task Force verletzen würden. Die Identifikation des wirtschaftlich Berechtigten hat in den vergangenen Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen. Nicht zuletzt aufgrund des Bekanntwerdens des Umfangs von Briefkastenfirmen oder Trust-Strukturen zur Verschleierung des tatsächlichen wirtschaftlichen Nutznießers, wie sie etwa die Panama-Papers oder der Russian Laundromat gezeigt haben, steht die Identifikation des wirtschaftlich Berechtigten im Fokus der FATF. Deshalb wurden im März dieses Jahres mit der Änderung der Empfehlung 24 zu den wirtschaftlich Berechtigten die einschlägigen Vorgaben der FATF wesentlich verschärft. ([FATF, Public Statement on revisions to R.24, März 2022](#)).

Angesichts dessen sollte es nicht darum gehen, die Vorgaben zur Identifizierung des wirtschaftlich Berechtigten abzuschwächen, sondern im Gegenteil weiter auszuweiten.

In eine vergleichbare Richtung gehen die Änderungsanträge anderer Abgeordnete aus der EVP-Fraktion (AM481, AM504, AM507, AM517, AM525, AM527, AM537, AM552, AM554 der Abgeordneten Ralf Seekatz, Karolin Braunsberger-Reinhold).

Einführung einer Obergrenze für Barzahlungen

Einige Änderungsanträge aus der EVP-Fraktion betreffen die Einführung einer Obergrenze für Barzahlungen. Der Kommissionsentwurf sieht vor, europaweit eine einheitliche Obergrenze für Barzahlungen von 10.000 EUR einzuführen (Art. 59 des Entwurfs der AML-Verordnung, vgl. etwa AM920 von Markus Ferber, AM921 von Gunnar Beck und Nicolaus Faust, AM922 von Nicola Beer, AM923 von Engin Eroglu).

Die Möglichkeit zur anonymen Abwicklung von Zahlungen durch Bargeld birgt bekanntermaßen ein erhöhtes Risiko der Geldwäsche (vgl. etwa [FATF, Global Money Laundering & Terrorist Financing - Threat Assessment, 2010](#), 6.4.2 S.53-54). Die Überwachung der Gruppe der Verpflichteten der Güterhändler ist zudem mangelhaft. Eine konsequente Beaufsichtigung des Sektors findet faktisch nicht statt. Aufgrund dessen ist die Einführung einer Bargeldobergrenze ein geeignetes Mittel, um missbräuchliche Nutzung von Bargeld zur Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung wirksam zu begrenzen.

Aufbau und Umfang des Risikomanagements

Die Einrichtung eines internen Risikomanagements, das u.a. die Durchführung einer Risikoanalyse, die Erarbeitung interner Prozesse und Verfahren zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sowie die Bestellung eines

Geldwäschebeauftragten vorsieht, ist ein wesentlicher Baustein zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. Einige Änderungsanträge zielen darauf ab, den etablierten Rechtsrahmen zu schwächen. So schlägt die Abgeordnete Karolin Braunsberger-Reinhold aus der EVP-Fraktion vor, die Verantwortung der Geschäftsleitung für die Bestellung eines Geldwäschebeauftragten abzuschwächen (Art. 9 Abs. 3 des AML-Verordnungsentwurfs, vgl. AM433). Ferner schlägt der Abgeordnete Markus Ferber aus der EVP-Fraktion vor, die Verpflichtung der Geschäftsleitung, einen Verantwortlichen auf Ebene der Geschäftsleitung für die Umsetzung der Vorgaben zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung zu benennen, zu reduzieren, indem nur Verpflichtete mit einer erhöhten Anfälligkeit zur Einhaltung der Regelung verpflichtet werden sollten (Art. 9 Abs. 1 AML-Verordnungsentwurf, AM420).

Verbot anonymer Krypto-Wallets

Außerdem halten wir es auch für äußerst problematisch, das vorgeschlagene Verbot anonymer Krypto-Wallets zu streichen (AM910 und AM914). Kryptowerte, insbesondere Kryptowährungen, werden nämlich oft zur Geldwäsche missbraucht. Deswegen begrüßen wir den Vorschlag, die Möglichkeit zur anonymen Einrichtung und Nutzung von „hot wallets“ und „cold wallets“ zu begrenzen.

Änderungsanträge im Einzelnen

Änderungsanträge zur Identifizierung des wirtschaftlich Berechtigten

Amendment 177 **Markus Ferber**

Proposal for a regulation **Recital 33**

Text proposed by the Commission

(33) Obligated entities should not be required to apply due diligence measures on customers carrying out occasional or linked transactions below a certain value, unless there is suspicion of money laundering or terrorist financing.

Whereas the EUR 10 000 threshold applies to most occasional transactions, obliged entities which operate in sectors or carry out transactions that present a higher risk of money laundering and terrorist financing should be required to apply customer due diligence for transactions with lower thresholds. To identify the sectors or transactions as well as the adequate thresholds for those sectors or transactions, AMLA should develop dedicated draft regulatory technical standards.

Amendment 481 **Ralf Seekatz, Karolin Braunsberger-Reinhold**

Amendment

(33) Obligated entities should not be required to apply due diligence measures on customers carrying out occasional or linked transactions below a certain value, unless there is suspicion of money laundering or terrorist financing.

Proposal for a regulation
Article 16 – paragraph 1 – point b

Text proposed by the Commission

(b) **identify** the beneficial owner(s) pursuant to Articles 42 and 43 and verify their identity so that the obliged entity is satisfied that it knows who the beneficial owner is and that it understands the ownership and control structure of the customer;

Amendment 482
Markus Ferber

Proposal for a regulation
Article 16 – paragraph 1 – point b

Text proposed by the Commission

(b) identify the beneficial owner(s) pursuant to Articles 42 and 43 and verify their identity so that the obliged entity is satisfied that it knows who the beneficial owner is and that it understands the ownership and control structure of the customer;

Amendment 503
Markus Ferber

Proposal for a regulation
Article 18 – paragraph 1 – point a – point iv

Text proposed by the Commission

(iv) the usual place of residence or, if there is no fixed residential address with legitimate residence in the Union, the postal address at which the natural person can be reached **and, where possible, the occupation, profession, or employment status and the tax identification number**;

Amendment 504
Ralf Seekatz, Karolin Braunsberger-Reinhold

Proposal for a regulation
Article 18 – paragraph 1 – point a – point iv

Text proposed by the Commission

(iv) the usual place of residence or, if there is no fixed residential address with legitimate residence in the Union, the postal address at which the natural person can be reached **and, where possible, the occupation, profession, or employment status and the tax identification number**;

Amendment

(b) **in cases where an obliged entity's risk assessment establishes an increased risk, identify** the beneficial owner(s) pursuant to Articles 42 and 43 and verify their identity so that the obliged entity is satisfied that it knows who the beneficial owner is and that it understands the ownership and control structure of the customer;

Amendment

(b) **in high-risk cases**, identify the beneficial owner(s) pursuant to Articles 42 and 43 and verify their identity so that the obliged entity is satisfied that it knows who the beneficial owner is and that it understands the ownership and control structure of the customer;

Amendment

(iv) the usual place of residence or, if there is no fixed residential address with legitimate residence in the Union, the postal address at which the natural person can be reached;

Amendment

(iv) the usual place of residence or, if there is no fixed residential address with legitimate residence in the Union, the postal address at which the natural person can be reached;

Amendment 506

Markus Ferber

Proposal for a regulation

Article 18 – paragraph 1 – point b – point iii

Text proposed by the Commission

(iii) the names of the legal representatives **as well as, where available, the registration number, the tax identification number and the Legal Entity Identifier. Obligated entities shall also verify that the legal entity has activities on the basis of accounting documents for the latest financial year or other relevant information;**

Amendment

(iii) the names of the legal representatives;

Amendment 507

Ralf Seekatz, Karolin Braunsberger-Reinhold

Proposal for a regulation

Article 18 – paragraph 1 – point b – point iii

Text proposed by the Commission

(iii) the names of the legal representatives as well as, where available, the registration number, **the tax identification number and the Legal Entity Identifier. Obligated entities shall also verify that the legal entity has activities on the basis of accounting documents for the latest financial year or other relevant information;**

Amendment

(iii) the names of the legal representatives as well as, where available, the registration number.

Amendment 517

Ralf Seekatz, Karolin Braunsberger-Reinhold

Proposal for a regulation

Article 18 – paragraph 4 – introductory part

Text proposed by the Commission

(4) Obligated entities shall obtain the information, documents and data necessary for the verification of the customer **and beneficial owner** identity through either of the following:

Amendment

(4) Obligated entities shall obtain the information, documents and data necessary for the verification of the customer identity through either of the following:

Amendment 518

Markus Ferber

Proposal for a regulation

Article 18 – paragraph 4 – introductory part

Text proposed by the Commission

4. Obligated entities shall obtain the information, documents and data necessary for the verification of the customer **and beneficial owner** identity through either of the following:

Amendment

4. Obligated entities shall obtain the information, documents and data necessary for the verification of the customer identity through either of the following:

Amendment 525

Ralf Seekatz, Karolin Braunsberger-Reinhold

Proposal for a regulation

Article 18 – paragraph 4 – point a

Text proposed by the Commission

(a) the submission of the identity document, passport or equivalent **and** the acquisition of information from reliable and independent sources, whether accessed directly or provided by the customer;

Amendment

(a) the submission of the identity document, passport or equivalent **or** the acquisition of information from reliable and independent sources, whether accessed directly or provided by the customer;

Amendment 525

Ralf Seekatz, Karolin Braunsberger-Reinhold

Proposal for a regulation

Article 18 – paragraph 4 – point a

Text proposed by the Commission

(a) the submission of the identity document, passport or equivalent **and** the acquisition of information from reliable and independent sources, whether accessed directly or provided by the customer;

Amendment

(a) the submission of the identity document, passport or equivalent **or** the acquisition of information from reliable and independent sources, whether accessed directly or provided by the customer;

Amendment 527

Ralf Seekatz, Karolin Braunsberger-Reinhold

Proposal for a regulation

Article 18 – paragraph 4 – point b

Text proposed by the Commission

(b) the use of electronic identification means and relevant trust services as set out in Regulation (EU) 910/2014.

Amendment

(b) the use of electronic identification means and relevant trust services as set out in Regulation (EU) 910/2014, **or other secure remote or electronic identification procedures regulated, recognised, approved or accepted by competent national authorities, ensuring at least a level of security designated 'high'. A decision taken by a competent national authority of a Member State should have equal effect in other Member States.**

Amendment 537

Ralf Seekatz, Karolin Braunsberger-Reinhold

Proposal for a regulation

Article 18 – paragraph 4 a (new)

Text proposed by the Commission

Amendment

4a. By way of derogation from paragraphs 1 to 4, an obliged entity may opt not to identify and verify a customer or beneficial owner where the obliged entity has already verified and identified the person concerned on a previous occasion,

in accordance with the requirements set out in paragraphs 1 to 4, and there is no reasonable doubt that the information received on that previous occasion is no longer accurate.

Amendment 551

Markus Ferber

Proposal for a regulation

Article 20 – paragraph 1 – point c

Text proposed by the Commission
(c) the source of funds;

Amendment
deleted

Amendment 552

Ralf Seekatz, Karolin Braunsberger-Reinhold

Proposal for a regulation

Article 20 – paragraph 1 – point c

Text proposed by the Commission
(c) the source of funds;

Amendment
deleted

Amendment 554

Markus Ferber

Proposal for a regulation

Article 20 – paragraph 1 – point d

Text proposed by the Commission
(d) the destination of funds.

Amendment
deleted

Or. en

Justification

The destination of funds might be difficult to determine. This provision seems disproportionate.

Amendment 555

Ralf Seekatz, Karolin Braunsberger-Reinhold

Proposal for a regulation

Article 20 – paragraph 1 – point d

Text proposed by the Commission
(d) the destination of funds.

Amendment
deleted

Einführung einer Obergrenze für Barzahlungen

Amendment 920

Markus Ferber

Proposal for a regulation

Article 59

Text proposed by the Commission

Amendment

Article 59

deleted

Limits to large cash payments

1. Persons trading in goods or providing services may accept or make a payment in cash only up to an amount of EUR 10 000 or equivalent amount in national or foreign currency, whether the transaction is carried out in a single operation or in several operations which appear to be linked.

2. Member States may adopt lower limits following consultation of the European Central Bank in accordance with Article 2(1) of Council Decision 98/415/EC⁵⁷. Those lower limits shall be notified to the Commission within 3 months of the measure being introduced at national level.

3. When limits already exist at national level which are below the limit set out in paragraph 1, they shall continue to apply. Member States shall notify those limits within 3 months of the entry into force of this Regulation.

4. The limit referred to in paragraph 1 shall not apply to:

(a) payments between natural persons who are not acting in a professional function;
(b) payments or deposits made at the premises of credit institutions. In such cases, the credit institution shall report the payment or deposit above the limit to the FIU.

5. Member States shall ensure that appropriate measures, including sanctions, are taken against natural or legal persons acting in their professional capacity which are suspected of a breach of the limit set out in paragraph 1, or of a lower limit adopted by the Member States.

6. The overall level of the sanctions shall be calculated, in accordance with the relevant provisions of national law, in such way as to produce results proportionate to the seriousness of the infringement, thereby effectively discouraging further offences of the same kind.

⁵⁷ Council Decision of 29 June 1998 on the consultation of the European Central Bank by national authorities regarding draft legislative provisions (OJ L 189, 3.7.1998, p. 42).

Amendment 921

Gunnar Beck, Nicolaus Fest

Proposal for a regulation

Article 59 – paragraph 1

Text proposed by the Commission

(1) Persons trading in goods or providing services may accept or make a payment in cash only up to an amount of EUR 10 000 or equivalent amount in national or foreign currency, whether the transaction is carried out in a single operation or in several operations which appear to be linked.

Amendment
deleted

Amendment 922
Nicola Beer

Proposal for a regulation
Article 59 – paragraph 1

Text proposed by the Commission

(1) Persons trading in goods or providing services may accept or make a payment in cash only up to an amount of EUR 10 000 or equivalent amount in national or foreign currency, whether the transaction is carried out in a single operation or in several operations which appear to be linked.

Amendment
deleted

Amendment 923
Engin Eroglu

Proposal for a regulation
Article 59 – paragraph 1

Text proposed by the Commission

(1) Persons trading in goods or providing services may accept or make a payment in cash only up to an amount of EUR 10 000 or equivalent amount in national or foreign currency, whether the transaction is carried out in a single operation or in several operations which appear to be linked.

Amendment
deleted

Aufbau und Umfang des Risikomanagements

Amendment 420
Markus Ferber

Proposal for a regulation
Article 9 – paragraph 1

Text proposed by the Commission

1. Obligated entities **shall** appoint one executive member of their **board of directors or, if there is no board, of its equivalent** governing body who shall be responsible for the implementation of measures to ensure

Amendment

1. **If their exposure to money laundering risk justifies it**, obliged entities **may** appoint one executive member of their **managing or** governing body who shall be responsible for the implementation of

compliance with this Regulation ('compliance manager'). Where the entity has no governing body, the function should be performed by a member of its senior management.

measures to ensure compliance with this Regulation ('compliance manager').

Alternatively, the obliged entity may delegate this task to a member of the senior management staff. Where the entity has no governing body, the function should be performed by a member of its senior management.

Or. en

Justification

A board member that is not involved in the day-to-day operations is not necessarily best placed to fulfil the role of compliance manager.

Amendment 433

Ralf Seekatz, Karolin Braunsberger-Reinhold

Proposal for a regulation

Article 9 – paragraph 3 – introductory part

Text proposed by the Commission

(3) Obligated entities shall have a compliance officer, to be appointed by the **board of directors or governing body**, who shall be in charge of the day-to-day operation of the obliged entity's anti-money laundering and countering the financing of terrorism (AML/CFT) policies. That person shall also be responsible for reporting suspicious transactions to the Financial Intelligence Unit (FIU) in accordance with Article 50(6).

Amendment

(3) Obligated entities shall have a compliance officer, to be appointed by **management at the level within the entity that is responsible for anti-money-laundering and countering the financing of terrorism, taking into account the size of the entity, the nature and characteristics of the activity and the complexity and risk of the services and/or activities carried out by the entity concerned**, who shall be in charge of the day-to-day operation of the obliged entity's anti-money laundering and countering the financing of terrorism (AML/CFT) policies. That person shall also be responsible for reporting suspicious transactions to the Financial Intelligence Unit (FIU) in accordance with Article 50(6).

Verbot anonymer Krypto-Wallets

Amendment 910

Nicola Beer

Proposal for a regulation

Article 58 – paragraph 1 – introductory part

Text proposed by the Commission

1. Credit institutions, financial institutions and crypto-asset service providers shall be prohibited from keeping anonymous accounts, anonymous passbooks, anonymous safe-deposit boxes or anonymous crypto-asset wallets as well as any account otherwise allowing for the anonymisation of the customer account holder.

Amendment

1. Credit institutions, financial institutions and crypto-asset service providers shall be prohibited from keeping anonymous accounts, anonymous passbooks, anonymous safe-deposit boxes or anonymous crypto-asset wallets as well as any account otherwise allowing for the anonymisation of the customer account holder. **Crypto-wallet service providers that do not have direct access to private user data or user funds and solely**

function as software providers are excluded.

**Amendment 914
Nicola Beer**

**Proposal for a regulation
Article 58 – paragraph 1 – subparagraph 1**

Text proposed by the Commission
Owners and beneficiaries of existing anonymous accounts, anonymous passbooks, anonymous safe-deposit boxes or crypto-asset wallets shall be subject to customer due diligence measures before those accounts, passbooks, deposit boxes or crypto-asset wallets are used in any way.

Amendment
deleted

Or. en

Justification

This sentence would ban all interactions with anonymous wallets. Even if individuals do not have active business relationships with CASPs (Crypto Asset Service Providers), your crypto exchanges would be affected by regulation. Even if they have no connection to trading platforms, identification would have to take place. A centralized data register would have to be created in which all persons are listed by name and their assets. Furthermore, whether private anonymous wallets have to be identified makes no difference to the fight against money laundering. The above first sentence of Article 58 is already sufficient to curb money laundering. As soon as a private exchange has contact with a trading platform, the wallet must be identified. The phrase "used in any way" is also extremely vague and far-reaching at the same time, meaning that non-financial transactions such as domain registration would also have to be recorded here. This would mean a significant encroachment on digital self-determination and would not be proportionate. The sentence sets regulations which, on the one hand, can hardly be foreseen in terms of their scope and, on the other hand, have no obvious justification